

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im
Gemeinderat Leonberg Januar 2021**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine Damen und Herren,

die Verwaltung hat uns für das Jahr 2021 versprochen, eine am tatsächlich Machbaren orientierte Finanzplanung vorzulegen.

Und tatsächlich ist dieses Mal auch vieles anders.

Die Corona-Pandemie hat unser Land fest im Griff; in den Einzelheiten sind die wirtschaftlichen Auswirkungen noch nicht abschließend vorhersehbar. Klar ist jedoch, dass die laufenden Kosten unserer öffentlichen Einrichtungen (Kindertagesstätten, Bäder, Stadthalle, Städtischer Personennahverkehr) bleiben, wohingegen coronabedingt die Einnahmen hier wegbrechen

Bereits letztes Jahr, also noch zu besseren Zeiten, hat uns das Regierungspräsidium im Rahmen der Genehmigung des zurückliegenden Haushaltes auferlegt, die Entwicklung der Neuverschuldung sorgsam im Auge zu behalten und angesichts der hohen Investitions-zahlungen und einer möglichen Konjunkturertrübung die Unabweisbarkeit von Maßnahmen und Beachtung der Folgekosten einer genauen Prüfung zu unterziehen. Es sollte eine klare Prioritätensetzung erfolgen, damit die

kommenden Zukunftsausgaben wirtschaftlich bewältigt werden können.

Ähnliches war auch das Ergebnis der Haushaltsklausurtagung im vergangenen Herbst.

Was hat dies bewirkt:

Im vergangenen Haushaltsjahr betrug das Haushaltsvolumen 226 Millionen €. Für das anstehende Haushaltsjahr erfolgte eine Reduzierung auf 214 Millionen €. Das entspricht in etwa der Abarbeitung der Baustelle Leo-Bad.

Die von höherer Stelle angemahnte Priorisierung ist nicht ansatzweise zu erkennen.

Im Großen und Ganzen handelt es sich bei der vorliegenden Haushaltsplanung um eine konsequente Fortführung der seitherigen Planungen und Verhaltensmuster.

Zusätzlich wird uns ab jetzt belasten, dass wir aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der zurückliegenden Jahre höhere Umlagenzahlungen erbringen müssen, und das bei sinkenden Einnahmen.

Dessen ungeachtet darf gerade auch bei der bestehenden Corona-Situation nicht aus dem Auge verloren werden, dass der soziale Friede in der Stadt gewahrt werden muss.

Was wir jedoch nicht verstehen ist, dass wir bei der bestehenden wirtschaftlichen Situation immer zusätzlich weitere kostenintensive Maßnahmen planen, ohne die bereits angestoßenen begonnen, geschweige denn, vollendet zu haben. Hier ist auf die Ausgabenbremse zu treten.

Bevor wir uns in weitere Ausgaben stürzen, sollten zunächst die bereits in der Planung befindlichen Projekte abgearbeitet werden, wie beispielsweise Neubauten Kita Nord, Kita West, Kita Kernstadt, Bildungscampus Ezach.

Je mehr Projekte im Haushaltsplan eingestellt sind, die dann nicht begonnen werden und ab-geplant werden müssen, umso mehr begibt sich der Gemeinderat seine

Kernkompetenz des Budgetrechts. Was dann schließlich noch umgesetzt wird, hat nicht der Rat in der Hand, sondern hängt vor allem vom Verhalten der Verwaltung ab. Die Schwerpunkte setzt dann nicht der Rat, sondern die Verwaltung, was gesetzlich so nicht vorgesehen ist.

Konkret: Es macht auch keinen Sinn, weitere zusätzliche Kindertageseinrichtungen zu planen, wenn wir hinterher nicht das Personal haben, um diese betreiben zu können. Positiv zu vermerken gilt, dass der Planentwurf die Steuerhebesätze für Grund- und Gewerbesteuer nicht erhöht, was wohl der Erkenntnis geschuldet ist, dass wir bereits bislang am oberen Rahmen agieren.

Stadtentwicklung/Infrastruktur

Bereits seit Jahren fordern wir einen Masterplan 2040, und die Fortentwicklung des Flächennutzungsplanes, sowohl, was die Themen Wohnen, wie auch Gewerbe und Infrastruktur anbelangt.

Für weitere Entscheidungen ist es wichtig, die grundsätzlichen Fragen zu beantworten:

Wie weit wollen wir noch wachsen, und wenn ja, wo, und welche Konsequenzen hat dies für unsere Infrastruktur.

Unbestritten ist, dass ein Bedarf nach weiteren Gewerbeflächen -hier ist bereits im Bereich Gebersheim etwas auf den Weg gebracht – besteht.

Oder was passiert mit dem ehemaligen „Sümak-Areal“ in Höfingen? Die dortige Brache nützt niemandem.

Ebenfalls unbestritten ist, dass ein Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum vorhanden ist. Hier stellt sich jedoch die Frage, wie diesem Bedarf in Anbetracht der sehr begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Kommune Rechnung getragen werden kann.

Im Bereich des Postareals laufen die Planungen. In den derzeitigen Änderungsbegehren des Bauträgers sehen wir vorrangig „Verschlimmbesserungen“; die verkehrliche Erschließung ist immer noch nicht gut.

Dass in den zurückliegenden Jahren vieles angestoßen wurde, sieht man jedoch an den zahlreichen Baustellen in der Stadt. Nicht zuletzt möchte ich hier das neue Bosch – Areal im Bereich Römerstraße/Poststraße nennen. Dies ist ein starkes Bekenntnis der Weltfirma Bosch zum Standort Leonberg. Neben den zusätzlichen Arbeitsplätzen erhoffen wir uns auch Impulse für eine moderne Bewältigung der zusätzlichen Verkehrsströme.

Rathäuser

In der Tat ist uns bekannt, dass das Raumangebot auch beim Neubau des Rathauses nur sehr begrenzt Reserveflächen vorgesehen hat. Es war jedoch auch nicht beabsichtigt, innerhalb der Kernverwaltung zahlreiche zusätzliche Stellen mit zusätzlichem Platzbedarf zu schaffen.

Sehen wir doch das beengte Raum Angebot als Chance: Die Ermöglichung von Home – Office – Arbeit in Verbindung mit einer Selbstbeschränkung bezüglich Forderungen nach zusätzlichem Personal müsste es möglich machen, mit dem bestehenden Raumangebot auszukommen.

Zwingend notwendige Reparaturarbeiten am Alten Rathaus müssen jedoch vorgenommen werden, um die Substanz nicht noch weiter zu beeinträchtigen.

Alte Schuhfabrik

Hier liegen mittlerweile die notwendigen Kostenschätzungen vor. Dies spricht unserer Meinung nach für eine Neubebauung, wobei der Gemeinderat es in der Hand hat, die Eckdaten der zukünftigen Nutzung (wie beispielsweise bezahlbares Wohnen, Archiv, sonstige Nutzung) festzulegen.

Schulen

Die aktuelle Situation zeigt, dass das Thema Digitalisierung eine zentrale Aufgabe für die naheliegende Zukunft bleibt. Hier besteht nach wie vor starker Bedarf.

Das Thema „Schule Warmbronn“ muss uns eine Lehre sein. Hier müssen wir zukünftig in die Verträge gegebenenfalls einen Regress bzw. Konventionalstrafen einbauen.

Zudem ist eine Abweichung von der HOAI möglich. Hier sehen wir bei unseren zahlreichen Bauvorhaben, die sich bereits in der Planung befinden, Einsparpotenzial.

Gegebenenfalls sollten auch Erfolgsprämien für Kosteneinsparungen vorgesehen werden.

In Anbetracht des gestiegenen Bedarfs in den Kinderbetreuungseinrichtungen fordern wir eine Strategiesitzung über unseren zentralen Schulcampus. Wir benötigen belastbare Informationen, wann und in welchem Schulbereich wir aufgrund wohl steigender Schülerzahlen tätig werden müssen, und gegebenenfalls, welche Flächen

wir hierfür vorhalten sollten.

Auch für die Teilorte sind die jeweilig erforderlichen Kapazitäten perspektivisch vorzuhalten.

Für die Volkshochschule könnten wir uns vorstellen, digitale Kurse auszuweiten und die Gebühren für digitale Kurse niedriger anzusetzen, als bei Präsenzkursen. Dies würde Raumkosten ersparen.

Stadthalle

Das bestehende Defizit war vorhersehbar. Fakt ist, dass der derzeitige Standort zentral und optimal gelegen ist. Es muss jedoch nach einem auch für die Zukunft finanziell tragbaren Weg

gesucht werden, um das Angebot einer Stadthalle für die Bürger aufrechterhalten zu können.

Es wäre jedoch ein Irrweg, zu glauben, dass dies ohne dauerhafte finanzielle Zuschüsse seitens der Stadt bewerkstelligt werden kann.

PPP-Modellen stehen wir kritisch gegenüber. Private Projektträger investieren nur, wenn sich für sie dadurch ein Gewinn erwirtschaften lässt. Dieser würde jedoch die Gesamtkosten nach oben treiben.

Marktplatz/Parkhaus Marktplatz

Hier erhoffen wir uns durch die neue Citymanagerin positive Effekte. Trotz erheblicher Bemühungen seitens der Verwaltung sind coronabedingt leider keine Erfolge sichtbar und spürbar. Wir sind jedoch der Meinung, hier den richtigen Weg beschritten zu

haben und brauchen in Anbetracht der bestehenden Pandemiesituation einen deutlich längeren Atem.

Nach Erneuerung der Aufzüge im Parkhaus Marktplatz stehen weitere Sanierungsmaßnahmen im Parkhaus an.

Verkehr

Positiv zu vermerken ist, dass die Bauarbeiten am Kreisverkehr im Bereich neue Ramtelstraße/Füllerstraße/Stuttgarter Straße nunmehr nahezu abgeschlossen sind.

Unverständlich ist, weswegen die Wiederherstellung der Straße zwischen Leonberg und Höfingen jahrelang seitens des Regierungspräsidiums nicht angegangen wird.

Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

Bevor Gelder für den Rückbau der in gutem baulichen Zustand befindlichen Eltinger Straße verplant werden, sollte zunächst ein Gesamtkonzept vorliegen, wie die bestehenden und aufgrund der zusätzlichen Bebauung im Bereich Neue Stadtmitte zu erwartenden zusätzlichen Verkehre sachgerecht bewältigt werden. Mit ständigem Nachbesserungsbedarf wäre niemandem gedient.

Das Angebot des städtischen öffentlichen Personennahverkehrs durch die Stadtwerke wurde erheblich ausgeweitet. Wir müssen sehen, wie dies durch die Bürgerschaft angenommen wird. Das ist jedoch aufgrund der pandemiebedingten Situation derzeit noch nicht belastbar nachprüfbar. Evident ist, dass hierdurch erhebliche zusätzliche Kosten an den Stadtwerken hängen bleiben. Inwieweit diese teilweise durch

Mehreinnahmen im Bereich der Energieversorgung aufgefangen werden können, muss die Zukunft zeigen.

Für uns Freie Wähler steht jedoch fest: Eine finanzielle Stützung des ÖPNV zulasten des Wasserpreises werden wir nicht mittragen.

Abwasserentsorgung

Gemäß vorliegender Information hat unsere Kläranlage derzeit eine Kapazität für ca. 90.000 Einwohner. Es erschließt sich uns nicht, weswegen wir hier dann, für den Fall der Sanierung eines Beckens noch Reservebecken bauen müssen. Eine über das notwendige und ökologisch sinnvolle hinausgehende Dimensionierung der Kläranlage führt nur zu vermeidbaren Kostensteigerungen im Bereich des Abwasserpreises und damit mittelbar zur Steigerung der Wohnnebenkosten.

Deshalb beantragen wir eine Kalkulation des künftigen Abwasserpreises unter Zugrundelegung der bereits in der Planung befindlichen Investitionen in unser Abwassersystem, um hier gegebenenfalls regulierend eingreifen zu können.

Durch den Neubau der größeren Vergärungsanlage durch den Landkreis wird sich die dort anfallende Abwassermenge erhöhen; sowohl was die hierdurch erforderlichen Abwasserleitungen, als auch die Vorhaltekosten der Kläranlage anbelangt, sind mit dem Landkreis angemessene Vereinbarungen zu treffen.

Bezüglich des mittelfristig zur Ersatzbeschaffung geplanten Kanalspülwagens ist zu überprüfen, ob hier nicht eine Fremdvergabe, gegebenenfalls Beschaffung eines

kleineren Fahrzeuges zweckmäßiger wäre. Hier ist eine Kosten-Nutzen-Analyse unabdingbar.

Krankenhaus

Gerade in Zeiten wie dieser zeigt sich, wie wichtig eine wohnortnahe und nicht allzu zentrale Versorgung der Bevölkerung durch fachlich kompetente Krankenhäuser und dem dort beschäftigten Personal notwendig ist.

Soziales

Für den Bereich der Anschlussunterbringung/Obdachlosenunterbringung regen wir an, dass bei auslaufenden Mietverträgen der Vermieterseite eine angemessene Mieterhöhung angeboten wird. Dies wäre gegebenenfalls günstiger, als Umzüge zu finanzieren und neu anzumieten.

Nach wie vor stehen wir zu einer angemessenen Förderung von Vereinsarbeit und Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen!

Diese müssen sich jedoch auch an der finanziellen Handlungsmöglichkeit der Kommune orientieren, wobei für die Vereine die Verlässlichkeit von Zusagen der Stadt unabdingbar ist.

Verschiedenes

Für die in den Haushaltsplan eingestellten Kosten für das Parkleitsystem beantragen wir einen Sperrvermerk.

Auffällig sind die seit 2019 um 50 % gesteigerten Ansätze für Personalkosten(vgl. S.

116 HH-Entwurf). Soweit diese nicht den zusätzlichen Kräften der Kinderbetreuung geschuldet sind, besteht hier erheblicher Erläuterungsbedarf, bevor dem um 500 TEURO höheren Betrag zugestimmt werden kann.

Zudem fordern wir, derzeit keine neuen Stellen zu schaffen, mit Ausnahme der im Bereich der Kinderbetreuung unbedingt notwendigen.

Nachdem in den letzten Jahren regelmäßig ein steigender Ansatz für Rechts – und Beratungskosten seitens der Verwaltung eingestellt wird, beantragen wir die Auflistung der Entwicklung der tatsächlichen Kosten in diesem Bereich während der letzten 5 Jahre bis zur Planung 2021, aufgeteilt nach Dezernaten und nach technische beziehungsweise sonstigen Beratungskosten sowie separat nach Rechtsberatungskosten. Eine entsprechende Aufstellung kann dabei behilflich sein, die Ursachen bzw. die Vermeidbarkeit von Kosten zu analysieren, um gegebenenfalls Schwachstellen im Bereich der Verwaltung aufzuzeigen.

Unverständlich ist, weswegen die Niederschlags-Abwassergebühr (Seite 125 HH-Entwurf) um ca. 19 % geringer angesetzt wurde. Ist hier der Gebührensatz gesunken, oder hat die Stadt hier 19 % der Fläche entsiegelt?

Ausweislich des Haushaltsplanentwurfes, dort Seite 130 haben sich die für die Pressearbeit in Ansatz gebrachten Kosten seit 2019 um 64 % erhöht. In Zeiten der Knappheit finanzieller Ressourcen scheint uns dieser Aufwand für die Selbstdarstellung weit überzogen.

Seit 2019 (Haushaltsplanentwurf Seite 219) werden sich die Kosten für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen auf über 1 Million € vervierfachen. Inwieweit ist dieser Ansatz realistisch und tatsächlich leistbar?

Erstmalig sind Kosten für die Straßenbeobachtung im Winterdiensteinsatz mit Euro 145.000 für das Jahr 2021 in Ansatz gebracht, HH- Entwurf Seite 241. Dieser Betrag erscheint uns ungebührlich hoch und ist daher mit einem Sperrvermerk zu versehen.

In Anbetracht der gesamten wirtschaftlichen Situation erscheint uns der Ansatz einer globalen Minderausgabe von 2 %, und nicht nur 1 %, wie von der Verwaltung vorgegeben, angezeigt.

In Bezug auf die mittelfristige Finanzplanung sollte der Anregung des Regierungspräsidiums Rechnung getragen werden, und anstehende Investitionen, insbesondere im Bereich der geplanten umfangreichen Fahrzeugbeschaffungen (Bauhof und Feuerwehr) zeitlich gestreckt werden.

Für sämtliche aktuell geplanten Ersatzbeschaffungen beantragen wir Sperrvermerke.

Wir – Verwaltung und Rat – stehen derzeit vor einer vor einem Jahr nicht vorhersehbaren Situation. Es wäre uns auch lieber gewesen, wenn die Einnahmen weiterhin im gewohnten Umfang geflossen wären .

Es hat sich jedoch auch gezeigt, dass aus der Krisensituation mit dem notwendigen Engagement neue Möglichkeiten erwachsen. Hier möchten wir uns beim

Stadthallenmanager für die Organisation des überaus erfolgreichen „Leonpalooza“ bedanken. Diese aus der Not geborene Veranstaltungsreihe hat sich überaus großer Beliebtheit erfreut und sollte daher fortgeführt werden, möglicherweise mittelfristig an einem anderen Standort, wie beispielsweise dem ehemaligen Reiterstadion.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei Ihnen im Namen der Fraktion der Freien Wähler für Ihre Aufmerksamkeit sowie die seitherige Zusammenarbeit bedanken. Der Verwaltung, insbesondere der Kämmereiamtsleiterin, Frau Gräter danke ich für die Erstellung des Planentwurfes.

Jutta Metz, Stv. Fraktionsvorsitzende